



Das Präsidium der SGIM: Ulrich Bürgi, Werner Bauer, Jürg Pfisterer

Labortarif: Wir werden die drohende Systemveränderung nicht hinnehmen

Replik auf den Leserbrief von Dr. Baumann (Seite 360)

Sehr geehrter Herr Kollege Baumann

Die von Ihnen angesprochenen Fachgesellschaften, die FMH und alle übrigen ärztlich tätigen Anwender des Analysenlistentarifs sind keinesfalls bereit, die vom BAG vorgeschlagene Veränderung des Labortarifs zu akzeptieren. Sie haben dies in den gegenwärtig laufenden Gesprächen mit dem BAG und den entsprechenden Kommissionen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht und sind gewillt, vor und hinter den Kulissen für das Praxislabor zu kämpfen. Die vom BAG vorgeschlagene Tarifänderung würde ihnen allen, vielleicht mit Ausnahme einiger weniger Grosslaborkonzerne, die der Realität entsprechenden betriebswirtschaftlichen Grundlagen zur Durchführung von Präsenzanalysen weitgehend entziehen. Dies hätte zur Folge, dass die entsprechenden Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden könnten. Mit einem solchen Abbau der diagnostischen Möglichkeiten in der Hausarztpraxis würde eine fundamentale Veränderung im schweizerischen Gesundheitswesen eingeleitet. Es würde mit Sicherheit zu einem tiefgreifenden Qualitätsverlust bei sinkender Effizienz und zu einem Kostenanstieg kommen, wenn man das ganze System und nicht nur den Sektor Labor betrachtet. Diese Veränderung würde paradoxerweise ausgelöst durch die einseitige Fokussierung auf eine äusserst fragwürdige Einsparung bei den aus allen Zusammenhängen heraus gelösten Analysenkosten. Eine absurde Betrachtungsweise für jeden Mediziner!

Eine betriebswirtschaftliche Revision der Analyseliste kann durchaus diskutiert werden. Deshalb haben Dr. E. Gähler, Vizepräsident der FMH, und seine Arbeitsgruppe auch einen konstruktiven Vorschlag vorgelegt, der den realen betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten

Rechnung trägt – im Gegensatz zu dem vom BAG vorgelegten Entwurf –, was eine erste Anhörung mit aller Deutlichkeit gezeigt hat! EDI, BAG und Santésuisse wären gut beraten, diesen auf gut fundierten und betriebswirtschaftlich überzeugenden Fakten beruhenden Vorschlag ernsthaft zu prüfen.

Die soeben angelaufene Briefaktion an Bundesrat P. Couchpin zeigt übrigens mit aller Deutlichkeit, dass auch die Patienten als die direkt Betroffenen vom Ansinnen des BAG und den dadurch ausgelösten negativen Konsequenzen nichts wissen wollen. Offensichtlich müssen das EDI, BAG und Santésuisse zudem an das Abstimmungsergebnis vom 1. Juni dieses Jahres erinnert werden, damit sie einsehen, dass man die Direktbetroffenen, nämlich die Patienten, nicht erneut und einseitig nur als Kostenverursacher oder Leistungsbezüger abkanzeln kann!

Noch sind aber harte Verhandlungen im Gang, und die Fachgesellschaften SGIM, SGAM, SGP, die FMH und das KHM haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass ihre Argumente schliesslich akzeptiert werden. Es wäre somit im jetzigen Moment strategisch sehr ungeschickt, schon konkret öffentlich darzulegen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, falls keine Einigung gefunden werden sollte.

Vorwürfe aus der Ärzteschaft, dass ihre Ständesvertreter untätig seien, sind verfehlt und tun den in den Delegationen und Kommissionen engagierten Kolleginnen und Kollegen, die enorm viel Zeit und Energie opfern, unrecht.

Unseren Verhandlungspartnern muss klar sein, dass weder wir Ärzte noch unsere Patienten die drohende Systemveränderung hinnehmen werden.